

Bericht Sommersession 2015

Text von Frédéric Maillard, Mitarbeiter bei der Nebs

Letzte Woche ist die Sommersession 2015 der eidgenössischen Räte zu Ende gegangen. Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) ist glücklich, ihnen die interessanten Diskussionen um das Cassis-de-Dijon-Prinzip und das Sonderstatut zum Kanton Tessin sowie eine Gesamtübersicht zu den Ereignissen im Parlament präsentieren zu können.

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben vom 1. bis zum 19. Juni zahlreiche Dossiers in sehr unterschiedlichen Themenbereichen behandelt. So wurde in den parlamentarischen und informellen Verhandlungen beispielsweise die Thematik des Lobbyismus behandelt. Weiter haben auch die Verhandlungen über Reformen der schweizerischen Überwachungs politik und über ein neues Rüstungsprogramm zu intensiven Diskussionen geführt. Sehr kontrovers und intensiv wurde über den Entwurf des Bundesrates zur Sperrung und Rückgabe von Potentatengeldern diskutiert. Die sich hinziehende Diskussion hat schliesslich dazu geführt, dass die Verhandlungen zum Europadossier auf die nächste Session verschoben werden mussten.

Obwohl die europäische Politik in verschiedenen Dossiers behandelt wurde, ist sie nicht das zentrale Thema der Debatten in dieser Sommersession gewesen, auch wenn wichtige Themen wie das Cassis-de-Dijon-Prinzip zur Abstimmung vorgelegt wurden. Neben dem Cassis-de-Dijon Prinzip wurden vom Parlament folgende europapolitischen Dossiers behandelt: Berichte der Schweizer Delegation bei verschiedenen europäischen Organen, der starke Franken und das Sonderstatut für das Tessin. Die beiden ersten Dossiers wurden vom Parlament angenommen, derweil das Sonderstatut abgelehnt und durch ein Projekt ergänzt wurde, welches sich in Einklang mit der Personenfreizügigkeit bringen lässt.

Die Nebs ist erfreut darüber, dass der Ständerat den Argumentationen des Nationalrates nicht gefolgt ist und für Lebensmittel keine Ausnahmen im **Cassis-de-Dijon-Prinzip** verankern will. Damit wird der Handel zwischen der Schweiz und der EU weiter erleichtert. Obwohl der Handel aufgrund der Tatsache, dass die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, beim Import von Waren weiterhin Mängel aufweist, ist das Cassis-de-Dijon-Prinzip ein wichtiges Mittel, den Problemen der Hochpreisinsel Schweiz – die sich mit der Aufgabe des Euromindestkurses weiter verschärft haben – effizient begegnen zu können. Die Argumente der Gegner einer konsequenten Umsetzung des Prinzips entspringen einer protektionistischen Logik, welche die Position der Schweiz bei ihren europäischen Freunden weiter schwächt. Da das Projekt Cassis-de-Dijon jetzt zurück an den Nationalrat geht, hofft die Nebs, dass sich die grosse Kammer der Entscheidung der Ständerates anschliessen wird. Trotz der unbestrittenen Wichtigkeit des Cassis-de-Dijon-Prinzips betont die Nebs aber weiter, dass die Anwendung des Prinzips nur ein weiterer Schritt im Prozess der schweizerischen Integration in Europa darstellt.

Weiter zeigt sich die Nebs erfreut darüber, dass der Ständerat das Sonderstatut für den Kanton Tessin abgelehnt hat. Dieses Sonderstatut hätte die Personenfreizügigkeit und damit die politische und die wirtschaftliche Beziehung der Schweiz zu Europa weiter geschwächt. Im Gegenzug begrüsst die Nebs aber ein Postulat, welches den Bundesrat dazu auffordert, Massnahmen zu präsentieren, welche den Ängsten im Kanton Tessin Rechnung tragen. Diese Massnahmen dürfen aber den mit der EU geschlossenen Verträgen nicht widersprechen.

Aufgrund der bevorstehenden Wahlen und der damit verbundenen Tatsache, dass die Politikerinnen und Politiker das Thema Europa immer mehr zu meiden versuchen, mussten leider Teile der Europadiskussion verschoben werden. Die Nebs setzt sich dafür ein, dass sich die zukünftigen Politikerinnen und Politiker dieses Landes der Wichtigkeit europäischer Fragen in der nächsten Legislaturperiode bewusst werden. Wenn die hier beschriebene Sommersession auch nicht die Produktivste war was die Thematik Europa angeht, so wird die Nebs alle ihre Kräfte dafür einsetzen, dass das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterhin ein entscheidendes Thema innerhalb der parlamentarischen Sessionen von 2015 bis 2019 bleibt. Tatsächlich ist die nächste Legislaturperiode nämlich entscheidend für die europäische Zukunft der Schweiz: Die Fragen zu unserer Beziehung und zu unserem Verhältnis zur EU dürfen nicht länger ignoriert werden.